

# Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

78

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.20 ohne und M. 1.60 mit Wochr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.  
Freitag, den 5. Juli.

Anzeigenpreis: die einspaltige Beitzelle 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Hierzu Sonntagsbeilage Nr. 27.

## Bekanntmachungen.

Auf dem Polizeibüro wurde als gefunden abgegeben, eine **Perrenuhr**. Der Eigentümer dieser Uhr kann dieselbe auf dem Polizeibüro Zimmer Nr. 7. gegen Empfangsbcheinigung in Empfang nehmen.  
Rüdesheim, den 4. Juli 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Das **Fleisch** wird morgen Samstag, den 6. Juli wie folgt verkauft:

1. bei M. Flach:			
Bezirk	7 u. 8	von 7-8	Uhr vormittags
"	9	" 8-9	" "
"	10 u. 11	" 9-10	" "
"	12 u. 14	" 10-11	" "
"	1	" 11-12	" "
"	2	" 1-2	nachmittags
"	3	" 2-3	" "
"	4 u. 5	" 3-4	" "
"	6	" 5-6	" "
2. bei Chr. Keller:			
Bezirk	22	von 7-8	Uhr vormittags
"	23	" 8-9	" "
"	24	" 9-10	" "
"	25 u. 13	" 10-11	" "
"	15	" 11-12	" "
"	16	" 1-2	nachmittags
"	17 u. 26	" 2-3	" "
"	18	" 3-4	" "
"	19	" 4 1/2 - 5 1/2	" "
"	20 u. 21	" 5 1/2 - 6	" "

Es entfallen 165 Gr. auf den Kopf der Erwachsenen, Kinder die Hälfte.

Von der Fleischkarte werden 7 resp. 3 Abschnitte und von den Vorkugeln 10 Abschnitte abgetrennt.

Am Samstag, den 6. Juli erhalten frische **Wurst**:

1. bei M. Flach:  
Bezirk 19 u. 24 von 7-8 Uhr abends

2. bei Chr. Keller:  
Bezirk 21, 22 u. 23 von 7-8 Uhr abends

Es entfällt ein Anteil von 125 Gramm auf den Kopf der Erwachsenen, Kinder die Hälfte.

Von der Fleischkarte werden die 3 letzten Abschnitte abgetrennt, welche gezählt und gebündelt abgeliefert sind.

Alle Bezugscheine für Fleisch und Wurst müssen bis Samstag mittag 12 Uhr bei Herrn E. Bruns abgeholt sein.

Nur Urlauber, welche aus dem Felde kommen und nur kurzen Urlaub haben, haben Anspruch auf Wurst.

Rüdesheim, den 5. Juli 1918.  
Der Magistrat.

## Der deutsche Generalstab meldet:

Großes Hauptquartier, 3. Juli. (W. B. Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Erfolgreiche Erkundungsgesichte. Starke Vorstöße der Engländer bei Merris und Wonneville (südlich von Arras) scheiterten. In östlichen Kämpfen nordwestlich von Albert wurden wir Gefangene.  
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nördlich der Aisne haben sich heute früh örtliche Kämpfe entwickelt. Zwischen Aisne und Marne hielt die rege Tätigkeit des Feindes an. Tealangriffe bei St. Pierre Aigle und westlich von Chateau-Thierry wurden abgewiesen.

Aus einem amerikanischen Geschwader von neun Einheiten wurden vier Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Udet errang hierbei seinen 33. Luftsieg. Leutnant Friedrich und Bizefeldwebel Thom schossen ihren 20. Gegner herunter.

### Abendbericht

Berlin, 3. Juli, abends. (W. B. Amtlich.) Deutliche Teiltämpfe nördlich der Aisne.

Großes Hauptquartier, 4. Juli. (W. B. Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die Gefechtsaktivität lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf. Seit frühem Morgen parkte Feuer des Feindes beiderseits der Somme. Hier haben sich Infanterietämpfe entwickelt.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz. Heftige Tealangriffe der Franzosen nördlich der Aisne. Deutlich von Montins-sous-Touvent wurde der Feind im Gegenstoß in unseren vorderen Kampfzonen abgewiesen. Im übrigen brachen keine Angriffe vor unseren Hindernissen zusammen. Erneute Vorstöße des Gegners westlich von Chateau-Thierry scheiterten.

Heeresgruppen Gallwitz und Herzog Albrecht. Ein starker Vorstoß des Feindes auf dem östlichen Maasufer wurde abgewiesen. Im Sumpfgebiet machten wir bei erfolgreichen Unternehmungen Gefangene.

Leutnant Udet errang seinen 40., Leutnant Rann seinen 20. und 30. Luftsieg.

### Abendbericht

Berlin, 4. Juli. (W. B. Amtlich.) Beiderseits der Somme wurden starke englische Tealangriffe in unserem Kampfgelände zum Scheitern gebracht.

## Der österreichisch-ungarische Generalstab meldet:

Wien, 3. Juli. (W. B.) Amtlich wird verlautbart: Gestern am frühen Morgen setzte an der ganzen Piavefront vom Saiegnana abwärts heftiges Geschützfeuer ein, das sich südlich von San Doana in mehreren Abschnitten zum Trommelfeuer steigerte. Einige Stunden später ging im Piave-Mündungsgebiet feindliche Infanterie zum Angriff über. In mehreren Abschnitten, den ganzen Tag über während den Kämpfen verlor der Gegner, abgesehen von kleinerem Raumgewinn bei Chiesia Nova, nirgends einen Erfolg zu erringen. Auch sein Versuch, am Südlügel bei Novovoli unter dem Schutze feindlicher Seestreitkräfte Infanterie an Land zu werfen, scheiterte in unserem Feuer. Ein italienischer Uebergangversuch bei Zerton wurde vereitelt. In der venetianischen Gebirgsfront war die Kampfaktivität gleichfalls außerordentlich reg. Westlich des Colore wurde ein stärkerer Angriff durch das bewährte österreichische Infanterieregiment 49 im Gegenstoß aufgefangen. Auch nördlich des Col del Rosso und bei Asiago wiesen wir italienische Vorstöße ab. An der Tiroler Westfront mäßige Artilleriekämpfe. Wie nachträglich festgestellt wurde, war es Oberleutnant Berwig mit dem Jagdflieger Lauer als Piloten, der den vielgenannten Jagdflieger Major Baros am 9. Juni abgeschossen hat.

Wien, 4. Juli. (W. B.) Amtlich wird verlautbart: Der Geschützkampf ist an zahlreichen Abschnitten der Südfont ansehnlich reg. Bei Asiago und bei Monte di Bal Vello scheiterten englische Stoßtruppenunternehmungen. Im Mündungsgebiet der Piave dauern die Kämpfe an.

## Greignisse zur See.

Berlin, 4. Juli. (W. B. Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote 14 500 Brt. versenkt.

Berlin, 4. Juli. (W. B. Amtlich.) Unsere U-Boote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings 15 500 Brt. feindlichen Handelsschiffes versenkt.

London, 3. Juli. (W. B.) Neuter-Meldung. George Lambert fragte, ob es richtig sei, daß deutsche Zerstörer als Ostende und Zeebrugge gesperrt waren, am 27. Juni bei ihrem Entkommen die holländische Neutralität verletzten, indem sie in die Schelde eintraten. Mac Namara erwiderte, davon sei nichts bekannt, und es werde auch nicht angenommen, daß sich ein solcher Zwischenfall ereignet habe. Lambert fragte weiter, ob Zeebrugge oder Ostende für feindliche Zerstörer gesperrt seien. Mac Namara antwortete: Ich kann zu dem, was ich die letzte Woche über die Einschließung der Zerstörer gesagt habe, nichts hinzufügen, aber wenn Lambert den Marinestabschef sprechen will, so wird dieser ihm seine Gründe sagen, warum er glaubt, daß derartige sich nicht ereignete.

Bern, 4. Juli. (W. B.) Zu der Frage, warum fast gar keine amerikanischen Truppentransporte von deutschen Tauchbooten versenkt werden, erklärt Oberst Gall in den „Basl. Nachr.“, aus berufenem Munde folgendes erfahren zu haben:

Der U-Boot-Krieg ist vor allem gegen den Schiffsraum der Feinde und der Neutralen gerichtet, soweit diese im Dienste der Entente fahren. Es ist gleichgültig, wo der Schiffsraum versenkt wird. Daher begeben sich die U-Boote an Stellen, wo großer Schiffsverkehr herrscht und in kurzer Zeit verhältnismäßig viel Schiffsraum versenkt werden kann. Die Höhe des Ozeans schließt es aus, daß U-Boote sich damit abgeben, auf bestimmte Schiffe und Geleitzüge zu lauern. Vom U-Boot aus sieht man bei Tag viele, bei Nacht aber nur zwei Seemeilen weit. Das Zusammentreffen eines U-Bootes mit einem amerikanischen Truppentransport ist Zufall, selbst wenn, was wahrscheinlich ist, die Zahl der Transporte noch bedeutend vermehrt wird. Auch aus militärisch-ökonomischen Gründen ist es ausgeschlossen, daß die Tauchboote gegen Transporte auf der Lauer liegen. Es wäre ein Fehler, wenn die Kommandanten unter Aufwand wertvollster Zeit und wertvollsten Materials den Ergeiz hätten, auch einmal einen Truppentransport von 1500 Amerikanern zu versenken, wenn sie darüber das Hauptziel des U-Boot-Krieges aus den Augen verlieren würden. Ein solches Vorgehen wäre um so unweidmässiger, als die Truppentransportdampfer in stark gesicherten Geleitzügen, also die Rettung des größten Teiles der auf den Schiffen befindlichen Mannschaft gesichert ist.

## Die Bodenfrage im Osten.

Lwow, 1. Juli. (W. B.) Die bereits gemeldete Verfügung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg über die Bodenfrage in den Gebieten der östlichen Militärverwaltung hat, den „Baltisch-Litauischen Mitteilungen“ zufolge, den folgenden Wortlaut:

Die Bedürfnisse des Landes und des Heeres erfordern, daß die landwirtschaftliche Erzeugung in den Gebieten der östlichen Militärverwaltung voll entwickelt werde. Von der östlichen Militärgrenze treffen Rückwanderer in großen Massen ein. Um den Untergang der Obdachlosen zu verhüten und ihre Arbeitskraft nutzbar zu machen, sind außergewöhnliche Maßregeln erforderlich.

Damit erwachsen den Militärverwaltungen, die bereits erfolgreich an der Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Zustände gearbeitet haben, neue Aufgaben. Das brachliegende Land ist zu erschließen, Heimstätten sind zu schaffen, den vorhandenen landwirtschaftlichen Betrieben ist durch Entwicklung des Kredits erhöhte Leistungsfähigkeit zu geben. Gemeinnützige Organisationen, denen die erfahrensten Kräfte aus dem Deutschen Reich zur Verfügung stehen, sind hierfür geschaffen worden und geben jetzt an das Werk.

Wenn also die von Rußland jahrhundertlang vernachlässigten Randstaaten in den schützenden Kreis des deutschen Wirtschaftslebens treten, der deutsche Innenmarkt sich ihnen erschließt, deutsche Organisationen ihnen Straßen, Eisenbahnen und Kanäle schafft und der deutsche Kredit ihnen den Uebergang zu erhöhter Wirtschaftskraft ermöglicht soll das deutsche Volk, soll die Allgemeinheit den Nutzen davon haben. Nicht einer dünnen Schicht von Besitzern darf vorbehalten bleiben, die Vorteile der Neuordnung für sich vorwegzunehmen, indem sie den durch Deutschlands Siege erhöhten Wert des Bodens in spekulativen Verkäufen ausnützen.

Die zu hohen Preisen verkauften und mit Hypotheken belasteten Güter wären keine geeignete Grundlage für ein gesundes Geschlecht. Den Siedlern wären teuer errichtete Höfe nur eine schwere Last. Solange die landwirtschaftlichen Erzeugnisse hohe Preise haben, könnten sie bestehen. Jeder wirtschaftliche Rückschlag aber würde sie zertrümmern. Der Stolz auf den eigenen Boden, die Freude am eigenen Hause wäre dahin. Unzufriedenheit und Groll gegen die Befreier wären die Folgen. Gewiß wird man ein allmähliches Steigen der Bodenpreise nicht verhindern können, aber es ist keineswegs gleichgültig, welchen Bevölkerungsklassen und welchen Bevölkerungsmengen die steigenden Bodenpreise zugute kommen. Volkswohlstand besteht nicht in einer kleinen Zahl von Großkapitalisten, sondern in einer möglichst großen Zahl leistungsfähiger, selbständiger, heimischer und heimfroher Staatsbürger, die dem Staat das liefern, was er in allererster Linie braucht: Menschen, gesund an Leib und Seele. Solch ein Geschlecht von Siedlern läßt sich nur begründen, wenn die Spekulation ferngehalten wird. Also trägt die Militärverwaltung in den östlichen Randstaaten gerade jetzt, wo der Übergang zu friedlicher Siedlungsarbeit angebahnt werden soll, eine schwere Verantwortung. Mit unbeugbarer Energie ist alles zurückzuweisen, was unter den Einwohnern die Bodenspekulation weckt.

Durch zielbewusste Handhabung der vom Generalquartiermeister und vom Oberbefehlshaber Ost erlassenen Verordnungen sind die gemeinschaftlichen Gefahren der Bodenpreissteigerung zu bannen und einer gesunden Besiedlung des Landes die Wege freizuhalten.

Großes Hauptquartier, 17. Juni 1918.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.  
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Koivno, 1. Juli. Die Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres betreffend die Bodenfrage in den Gebieten der östlichen Militärverwaltung nebst anliegender Verordnung des Generalquartiermeisters hat nach den „Baltisch-Litauischen Mitteilungen“ folgende Vorgesichte: Nachdem im Sommer 1915 die deutschen Truppen Kurland besetzt und das Land von der russischen Herrschaft befreit hatten, traten im Herbst desselben Jahres in Kurland Kreisversammlungen der Rittergutsbesitzer zusammen und beschloßen, im Falle einer Angliederung Kurlands an das Deutsche Reich ein Drittel ihres Landesbesitzes zu den vor dem Kriege üblichen Preisen zu An siedelungszwecken zur Verfügung zu stellen. Am 22. September 1917 stellte auch der außerordentliche Landtag der kurländischen Ritter- und Landschaft sich auf den Boden dieser bedeutungsvollen Entschließung und beschloß, eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus den Herren Baron N. v. Manteuffel-Serven, B. v. Hahn-Schnebeln, v. Silvio Broderich-Surmalen, einzusetzen, deren Aufgabe es sein sollte, die Ausführung dieses Beschlusses der Rittergutsbesitzer in die Wege zu leiten und einer späteren zu diesem Zwecke einzuberufenden Landesversammlung ein Gesetzesprojekt vorzulegen, in dem die maßgebenden Gesichtspunkte unter Wahrung der Mitwirkung der Ritter- und Landschaft in gesetzliche Formen gebracht werden sollten. Den von dieser Kommission ausgearbeiteten Vorschlag hat die allgemeine Konferenz der kurländischen Ritter- und Landschaft in der am 5. Dezember 1917 tagenden Versammlung angenommen und das Ritterschaftskomitee beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, um die für die Siedelung als notwendig dargelegten gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen. Aufgrund dieser Beschlüsse wandte sich das Ritterschaftskomitee an die deutsche Militärverwaltung mit der Bitte, die Beschlüsse durch Erlass einer Verordnung auf eine gesetzliche Grundlage zu bringen. Diese gesetzliche Grundlage ist durch die Verordnung des Generalquartiermeisters vom 17. Juni 1917 gegeben. Aus diesem Grunde nehmen die Eingangsworte der Verordnung des Generalquartiermeisters auch ausdrücklich auf die vorgenannten ritterschaftlichen Beschlüsse Bezug. Die Beschlüsse geben einen schönen Beweis für das Verständnis, welches der kurländische Großgrundbesitz den Aufgaben erweist und der wirtschaftlichen Entwicklung Kurlands entgegenbringt.

Berlin, 3. Juli. In der „Bernener Tagwacht“ war eine Unterredung mit dem hiesigen Vertreter der russischen Sowjet-Republik, Joffe, wiedergegeben, wonach Herr Joffe erklärt haben sollte, ob es gelingen werde, im Friedenszustand zu bleiben, hänge nicht von der russischen Sowjet-Regierung ab. Die Gegenpartei (damit war Deutschland gemeint) scheine leider nicht geneigt zu sein, den Frieden einzuhalten. — Herr Joffe stellt nun ausdrücklich fest, daß er überhaupt keinen Vertreter der „Bernener Tagwacht“ empfangen habe und daß er die ihm insinuierten Äußerungen auch respondenten habe fallen lassen. Herr Joffe läßt in seiner Erklärung auch noch weiter schüttele, daß die ihm unterstellte Äußerung durchaus nicht seinen Ansichten entspreche.

Genf, 3. Juli. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten in der französischen Kammer hat mit 9:5 Stimmen beschlossen, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Laufe der nächsten Woche die Kriegsziele der Alliierten genau bekanntgegeben würden. Clemenceau erwiderte, daß die Kriegsziele Frankreichs noch die gleichen seien wie im Jahre 1914.

Die „Baseler Nat.-Ztg.“ verzeichnet das merkwürdige und wenig glaubhafte Gerücht, daß hochgestellte deutsche und englische Fürsichtlichkeiten in der Schweiz eingetroffen seien, um in der Friedensfrage Fühlung zu nehmen. Diese Fürsichtlichkeiten hätten mit ihrem Gefolge Basel berührt. Was daran wahr sei, wisse man nicht. Dagegen, so fügt das Blatt hinzu, stehe es fest, daß am vergangenen Donnerstag unter dem Namen eines hervorragenden englischen Diplomaten ein Vertreter der englischen Politik in Basel anwesend war, um seinen beimbefördernden Landdeputierten einen Besuch abzustatten. In Paris geht seit einigen Tagen das Gerücht um, der König von Spanien befände sich in Paris, um die Friedensbedingungen zu besprechen. Selbst ernste Zeitungen haben von dem Gerücht Notiz genommen.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge gibt die „Nation“ vom 29. Juni eine einigermaßen andere Lesart des Beschlusses der Arbeiterpartei, den Burgfrieden aufzuheben, als die Neutertelegramme es zu geben für zweckmäßig hielten. Henderson hatte erklärt, daß die Maßregel den Zweck habe, der Partei zu ermöglichen, bei den Ersatzwahlen Kandidaten aufzustellen. Die Debatte bewies jedoch die Unhaltbarkeit dieser Auffassung. Die Verteidiger wie die Gegner des Beschlusses betrachteten diese als eine Übergangsmahregel auf dem Wege zu einer öffentlichen Oppositionspolitik. Das war die Ansicht von Saillie, der den Antrag verteidigte, und die Meinung von Barnes und Stines, die dagegen waren. Die beiden letzteren hielten die Resolution für eine Kundgebung gegen die Kriegspolitik der Regierung. Das war auch die Ansicht der meisten Verteidiger, wie Ben Turner es ausdrückte, ein „energisches Streben den Frieden zu fördern“. Die meisten bedauerten, daß der Antrag nicht weiterging.

Genf, 4. Juli. Das „Echo de Paris“ meldet, daß der Besuch des Königs von Spanien in Paris 36 Stunden dauerte. Der König besuchte den Präsidenten Poincaré, den Ministerpräsidenten Clemenceau und den amerikanischen Botschafter.

Zürich, 2. Juli. Frédéric Masson veröffentlicht im „Saissois“ ein, seiner Auffassung nach, aus autoritativer Quelle stammendes Dokument, nach dem Graf Eulenburg, Minister des preussischen Hofes, im November 1915 an den Baron Federitz, Minister am russischen Hofe, einen Brief abhandelte und darin den Wunsch ausdrückte, die ehemalige Freundschaft zwischen den beiden Kaiserreichen müsse wieder hergestellt werden. Der Zar beauftragte Sazonow die Antwort abzufassen. Dieser legte eine solche am folgenden Tage dem Zaren vor. Sie lautete: „Bestimmen Sie den Kaiser, daß er einen Kollektivfriedensvorschlag an alle Alliierten Russlands richtet.“ Der Zar fand die Redaktion vollkommen, sagte aber nach kurzer Ueberlegung, daß er es vorziehe, den Brief Eulenburgs unbeantwortet zu lassen und schrieb an den Hand des Briefes: „Diese Freundschaft ist tot, man spreche nicht mehr davon.“

Bern, 3. Juli. (S. B.) Die französische Presse bejwörtet anlässlich des Wiederaufstehens Kerenskis dringlicher als je eine Intervention der Alliierten. Das „Journal des Debats“ meint, man brauche nicht auf das Eingreifen Japans zu warten, man könnte sich auf schwache alliierte Kontingente beschränken, die, verbunden mit Tschecho-Slowaken, genügen den Widerstand in Russland bilden würden. „Somme libre“ sagt: „Unsere Pflicht, Russland zu retten, vermischt mit unseren Interessen. Wenn die Diktatur wiederhergestellt wird, ist das Ende des Krieges nahegerückt.“ „Populaire du Centre“ befürchtet, daß ein von Kerenski unterstütztes Eingreifen ein revolutionsfeindliches Unternehmen sein würde.

Haag, 3. Juli. Reuter meldet aus Liverpool: Die allgemeine Versammlung der Mitglieder der Liverpooler Vereinigung der Baumwollhändler beschloß mit allen Stimmen, in den Statuten der Vereinigung einen Paragraphen einzufügen, wonach kein Mitglied der Vereinigung während einer Dauer von 10 Jahren nach Friedensschluß direkt oder indirekt mit den jetzigen Feinden Großbritanniens Handel treiben darf.

Moskau, 4. Juli. (S. B.) Nach einer Meldung der „Grosnaja Gajeta“ vom 1. Juli richtete Sinowjew an alle an der Murmanbahnlinie und an den Nordbahnen gelegenen Sowjets und alle Organisationen dieser Bahnen folgendes Telegramm: An der Murmanbahn gehen aufregende Dinge vor sich. Die Landung fremdländischer Truppen und die Umgruppierung dieser Kräfte auf verschiedene Stellen läßt einen Ueberfall auf das Murmangebiet erwarten. Ein Vorgehen Weisser Garde ist möglich, um sich eventuell mit den Tschecho-Slowaken zu vereinigen. Deshalb bestimmt der Sowjet der Volkskommissare: Der Schutz aller Stationen und Brücken der Murman- und Nordbahnen ist unverzüglich zu verstärken. In allen Zügen sind die Passagiere zu kontrollieren. Alle unter dem Befehl der Sowjetmacht stehenden Streitkräfte sind in Kampfbereitschaft zu setzen. Gegen alle gegenrevolutionäre Elemente, die mit den ausländischen Truppen Verständigungen suchen, sollen die schärfsten Maßregeln getroffen werden. Ueber die getroffenen Maßnahmen ist sofort Bericht zu erstatten.

Nach einer Meldung aus Helsingfors ist der Moskauer Regierung gemeldet worden, daß in Archangel ein englisches Geschwader von 13 Kriegsschiffen eingetroffen sei.

Stockholm, 4. Juli. (S. B.) Petersburger Telegraphen-Agentur. Das Amtsblatt der russischen Sowjet-Regierung, „Iswestija“ schreibt u. a. noch über die Absichten der Alliierten gegen Russland: Alles, was die Alliierten unternehmen, verfolgt nur den einen Zweck, Rus-

land in einen neuen Krieg zu stürzen, ohne dabei im geringsten die Vorbereitungen zu einem solchen und noch weniger den Willen des russischen Volkes und der revolutionären Regierung zu berücksichtigen. Die Urheber dieses Abenteuers mögen bedenken, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne sich an dem verzweifeltsten Stande des revolutionären Russlands stoßen werden. Es ist vergebens, sich mit Phantasien sozialistischer Vertreter zu trösten, vorgeben, daß die Macht der Sowjets in der Schwebe, und es in allen Dingen auszuweichen, die Massen über die Regierung der Sowjets täuscht seien. Die Regierung läßt sich nicht ihrem Vertrauen erschüttern, daß nicht nur Millionen Soldaten und Bauern im Augenblick der höchsten Gefahr in die revolutionären Regimenter eintreten, sondern auch die Masse der bürgerlichen Widerstrebenden, die nicht erlauben werden, daß Russland in einen neuen Krieg mit Deutschland vertrieben wird. Die Alliierten wissen sehr wohl, daß sie selbst in dem Falle, in dem es ihnen gelänge, sich die Beihilfe gewisser treulofer Elemente bei ihrem Abenteuer gegen die Sowjets zu verschaffen, sie nichts weiter als einen Orkan des Bürgerkrieges hervorrufen würden, der über ganz Russland hinwegtöben würde. Vielleicht ist es sogar ipät, um ihnen die Gefahren des eingeschlagenen Weges zu zeigen. Nichtsdestoweniger wiederholen wir am Vorabend endgültiger Entscheidungen, die der Weltgeschichte eine neue Richtung geben sollen, unseren alten Rat: Die einzige, für beide Teilmögliche Politik ist diejenige, die zu einer Anerkennung der Macht der Sowjets und zur wirtschaftlichen Unterstützung des revolutionären Russlands führt, um es beim Wiederaufleben des Wirtschaftslebens zu unterstützen. Dies bedeutet letztlich eine Hilfe zur Wiederherstellung seiner militärischen Bedeutung. Jede andere Politik würde nicht nur verbrecherisch, sondern auch unrichtig sein. Die unglücklichen Völker zahlen einen zu teuren Preis für die Fehler ihrer Regierungen.

Bern, 4. Juli. (S. B.) Eine aus Nationalisten, Einseitern und Anhängern der Arbeiterpartei bestehende Konferenz der Dienstpflichtigen in Dublin richtete vor einiger Zeit eine Adresse an Wilson, in der dieser gebeten wird, zugunsten Irlands in London zu vermitteln. Der Bürgermeister von Dublin sollte diese Adresse nach Amerika bringen und sie Wilson persönlich überreichen. Wie sich jetzt herausstellt, machte indes das britische Auswärtige Amt die Erteilung des Reliquipasses von der Bedingung abhängig, daß zuvor die fragliche Adresse dem Lord-Lieutenant French vorgelegt werde. Die Iren ließen sich aber auf diese Bedingung nicht ein, sondern der Bürgermeister übergab die Adresse dem amerikanischen Botschafter in London nebst einem Schreiben, dessen Wortlaut der Dubliner Berichterstatter der „Times“ mitteilt. Dieses Schreiben betont, daß die von der englischen Regierung angelegte Bedingung durch keine gesetzliche Bestimmung gerechtfertigt werde. Da aber die Entscheidung des Auswärtigen Amtes es dem Bürgermeister unmöglich mache, den Präsidenten persönlich die Adresse zu überreichen, so übergebe er sie hiermit der Botschaft, die ja einen Teil Amerikas darstelle, mit der Bitte um Beförderung in Despatches. Das Schreiben schließt mit der Bemerkung, daß die Adresse am 4. Juli, wo sie Washington erreicht haben könnte, in Irland veröffentlicht werde.

Zürich, 4. Juli. Die hiesige „Morgenpost“ meldet: Stürmische Szenen haben sich nach privater Nachrichten aus Korfu in den Sitzungen des zurzeit dort tagenden serbischen Parlaments abgepielt. Die Regierung befindet sich in einer fatalen Lage, die um so bedrohlicher ist, als eine große Zahl der regierungstreuen Abgeordneten nicht erschienen ist. Die vollständige pazifistische Opposition befindet sich in der Mehrheit. Fast alle zu Worte kommenden Redner verlangen die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen. Sie halten der Regierung das Beispiel Rumäniens vor, welches trotz seiner Niederlage noch durch die rechtzeitigen Verhandlungen einen guten Frieden erzielt habe.

Amsterdam, 4. Juli. (S. B.) Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge war das Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer wie folgt: Liberale Unionisten 6, Freiliberale 4, Christlich-historische 7, Antirevolutionäre 13, Katholiken 10, Freisinnige Demokraten 5, Sozialdemokratische Arbeiterpartei 2, Sozialdemokratische Partei 2, Sozialistische Partei 1, Wirtschaftlicher Bund 3, Mittelstandspartei 1, Neutrale Partei 1, Christlich-sozialer Partei 1, Platteländen rechts und links 1, Verband der demokratischen Arbeiter (vielleicht) 1, Bund der christlichen Sozialisten 1, Christliche Demokraten 1, zusammen 100 Sitze. Die katholische Partei kam von 25 auf 30 Sitze in der Kammer. Eine entscheidende Niederlage bedeutet das Wahlergebnis für die beiden liberalen Parteien, die die Hauptstütze des Ministeriums Cort van der Linden waren. Die liberalen Unionisten und die Freiliberalen hatten zusammen 31 Sitze. Jetzt verfügen sie nur über 10 Sitze. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird 7 Abgeordnete mehr in die Kammer schicken, im ganzen 22. Die sozialdemokratische Partei und die sozialistische Partei, die bisher nicht in der Kammer vertreten waren, erhielten zwei bzw. einen Sitz. Vorläufig stehen sich also die Parteien der Linken und der Rechten gleich stark gegenüber.

### Lebensmittel in England.

Wenn auch aus England noch in jüngster Zeit immer wieder unverfichtliche Äußerungen der führenden Staatsmänner zu uns herüberklingen, die bemüht sind, die Lage des Landes als rosig hinzustellen, mehrten sich doch jetzt Stimm-

den, ohne dass die englische Öffentlichkeit, die von dem der inneren Lage sprechen. Während sich unsere Kenntnis dieser Dinge zum großen Teil auf private Äußerungen stützen mußte, die die Presse sich starke Zurückhaltung aufbringen die großen Zeitungen sehr oft und häufiger Meldungen, die darauf hin lassen, daß das englische Volk längst mehr an wohlbesteckten Tafeln sitzt. Zwar die englische Presse auch noch heute bemüht, über Stimmungsmache zu enthalten; sie ist vielmehr, den offenbar unter dem Druck der ungeduldig werdenden Volksmassen gut und eine zuverlässige Stimmung zu geben. Aber dem Leser der Meldungen kann man den Sachverhalt der Dinge nicht verborgen lassen: England, das seine Siegeshoffnung auf die Hungerrichtung Deutschlands geknüpft hat, steht vor einer Ernährungs-Krisis; die den äußerst wirksamen Unterseebootkrieg die Beeinträchtigung der Einfuhr macht sich dem englischen Lebensmittelmarkt bereits in einer unheimlichen Weise fühlbar.

Die besondere Schwierigkeiten hat England im Gebiet der Fleischbeschaffung. Das Fleisch für England ein weit wichtigeres Volksernährungsmittel dar, als für Deutschland. Der Engländer, dem längst nicht so reiche Mengen tierischer Erzeugnisse zur Verfügung stehen wie dem Deutschen, ist von jeder Hauptfleischsorte gewöhnt und muß daher eine sehr empfindliche Reaktion empfinden als der Deutsche. Darüber, daß eine solche Fleischknappheit in England herrscht, geben mehrere Meldungen der „Times“ aus jüngster Zeit klaren Aufschluß. Schon vor einiger Zeit haben wir gesehen, daß in England in Ermangelung von Fleisch Speck und Schinken an die Bevölkerung ausgegeben wurden. Aber auch diese Maßregel scheint nicht mehr zu genügen und man sieht sich jetzt durch Lieferung von Geflügel, mit der die durch die Rationierung ungenügenden Mengen aufrechterhalten werden. In welchem Maße dieser Erfolg dem an den frischen Fleisch gewohnten Engländer angeboten wird, erhellt aus einer Meldung der „Times“ vom 10. Juni, in der es heißt: Die Fleischlieferung in London war in der Woche (2.-9. Juni) reichlich in bezug auf Quantität, aber mangelhaft in Qualität. Das Ergebnis des verteilten Geflügelfleisches zum Vergleich betrug 88,1 : 11,9.

Die weitere Meldung der „Times“ vom 10. Juni auf, die beweisen, daß man, um die vollen, zuständigen Rationen ausgeben zu können, in struppeliger Weise ungenießbares, verdorbenes Fleisch liefert, das teilweise von Schlächtern zurückgewiesen wurde. Es heißt da: In Northampton verweigerten die Schlächter die Annahme des freigegebenen Geflügelfleisches (Hühnerfleisch). Northampton scheint offenbar eine solche Lieferung erhalten zu haben. Der Nahrungsmittelkontrollausschuss hielt eine Extraversammlung ab und nahm eine heftige Entschloßung an, telegraphisch dem Lebensmittelministerium mitzuteilen. Man ersuchte, daß gesundes Fleisch, von dem eine gewisse Menge in der Stadt vorhanden, freigegeben werden möchte. Besseres wird zum Glück erwartet. Der Nahrungsmittelkontrollausschuss von Vermondey, der beim Nahrungsmittelkontrollausschuss wegen des gelieferten Geflügelfleisches erhoben hatte, erhielt Befehl, die Bestände an minderwertigem Fleisch jetzt zu beschlagnahmen. Die weiteren Lieferungen werden bedeutend besser ausfallen.

Während es sich hier um verdorbenes Geflügelfleisch handelt, spricht eine andere Meldung von einer Lieferung von Fleisch kranker Tiere, das elektrisierend und gesundheitsgefährlich ist. Die Meldung ist in den „Times“ vom 10. Juni enthalten und besagt: Der Vorsitzende der Schlächterinnung in Northampton sagt bei einer Vernehmung: Die Mitglieder der Innung weigerten sich, eine Sendung von krankem Fleisch zu verkaufen, die von der Regierung angeordnet war. Eine beträchtliche Menge mußte für die Verwertung verbrannt werden. Soweit ich es beurteilen kann, bestand sie aus Fleischstücken alter tuberkulöser Kühe, deren Drüsen herausgenommen waren, um die Spuren der Krankheit zu entfernen. Das Fleisch war schmutziger Abfall, als Nahrungsmittel.

Der Vorsitzende behandelte folgende in der „Times“ vom 10. Juni abgedruckte Zitate die Lieferungen verdorbenen Fleisches, woran eine Polemik gegen die Art der Fleischlieferung durch das Lebensmittelministerium und die Nachlässigkeit und Unpünktlichkeit der Verteilungsbeamten geißelt: Eine die bedeutenden Leistungen des Lebensmittelministeriums, wie sie Klynnes in der vorigen Woche dargelegt hat, verkleinern zu wollen, darf man doch sagen, daß ernste Beschwerden über die Qualität des in London ausgegebenen Fleisches vorliegen. Das Fleisch wird den Kleinhändlern in der Verpackung der Exporteure ausgegeben, ohne daß sie sehen dürfen, was sie erhalten, und ohne daß ihnen eine Untersuchung der Ware gestattet wäre. Beim Auspacken findet der Käufer das Fleisch dann öfters in einem für menschlichen Verbrauch ungeeigneten Zustande. Die eigenen Augen sah ich heute ein Ochsenquartel in einem Schimmel bedeckt, wie man ihn am Ende eines fehenden Teichs findet. Ein zweites Exemplar wies Fäulnisflecken auf. Kein Wunder,

denn nach der Stempelung war das Fleisch bereits 1915 in den Kühlräumen eingeliefert! Nur mit größter Schwierigkeit war die Ortsbehörde zu bewegen, eines dieser Stücke für unbrauchbar zu erklären. Von dem anderen wurden nur einzelne Stücke weggeschnitten und das übrige für den öffentlichen Verbrauch bestimmt. Vor dem Kriege hätte ein Schlächter, der solches Fleisch feilgeboten hätte, nicht nur eine Geldstrafe, sondern Gefängnis zu erwarten gehabt. Noch kürzlich sollen Schlächter eines Londoner Bezirks einstimmig die Annahme des ihnen zugewiesenen Fleisches verweigert haben auf die Gefahr hin, überhaupt kein Fleisch zu erhalten. Wenn kein beheres Fleisch verfügbar wäre, so wäre die Beschwerde zwecklos, aber es ist allgemein bekannt, daß London schlechter als andere Städte versorgt wird. Wenn z. B. Lammfleisch aus Dorsetshire infolge von Transportschwierigkeiten nicht nach London geschickt werden kann, wie kommt es denn, daß es nach Birmingham gelangt? Was hier von Minderfleisch berichtet ist, gilt noch mehr vom Speck, der zum größten Teil bis zur Ungeheuerlichkeit verfälscht ist. Doch das Lebensmittelministerium hat angeordnet, daß die Kleinhändler die Ware von den Großhändlern übernehmen müssen, die angewiesen sind, dem Ministerium die jeweiligen Kleinhändler zu melden, die es wagen, die ihnen zugewiesene Ware zurückzuweisen. Endlich teilt man mit, daß die ganze Verteilung an die Kleinhändler oft durch Stimmigkeit der Beamten in Unordnung gerät. Die Kleinhändler und Bezirksvertreter (district allocators) sind um 7 Uhr morgens auf dem Markt. Auch das Fleisch ist zur Stelle. Aber bevor es weggebracht werden darf, hat der für die Zuteilung verantwortliche Beamte noch Geschäfte zu erledigen und läßt nicht selten stundenlang auf sich warten. Das ist eine bezeichnende, aber gänzlich unnötige Folge der Regierungskontrolle.

Die lebhaften Klagen, die hier über das System der Fleischverteilung und über die Beamten des Lebensmittelministeriums geführt werden, zeigen in Vereinigung mit den in den Zeitungs-meldungen geschilderten Zuständen am besten, daß England bereits gegen größere Versorgungs-schwierigkeiten zu kämpfen hat, als wir bisher wußten. Es steht eben schlecht jenseits des Kanals. Das kann nicht zur Debung der durch die Mißerfolge an der Westfront stark gedrückten Stimmung im Lande beitragen; das englische Volk wird durch die Not besser als durch jedes andere Mittel dahin gebracht werden, einzusehen, daß die tönenden Phrasen seiner führenden Männer über die Aussicht auf den Sieg nur hohle Redensarten sind und daß ein weiteres Fortdauern auf einen kommenden siegreichen Frieden kein handgreifliches Verbesserungsmittel für die Not im Lande bilden kann.

### Politische Rundschau.

Berlin, 4. Juli. (W. B.) Das preussische Abgeordnetenhaus hat heute die nach den früheren Beschlüssen abgeänderte Wahlrechtsvorlage in fünfter Lesung gegen die Stimmen einiger Zentrumsabgeordneter, eines Teiles der Nationalliberalen, der Volkspartei, der Sozialdemokraten, Polen und Dänen angenommen.

Die Entscheidung über die Wahlrechtsvorlage im Preussischen Abgeordnetenhaus ist jetzt definitiv gefallen. Wie die vierte Lesung, so brachte auch die fünfte eine Mehrheit für den Kompromißantrag, der anstelle des gleichen Wahlrechtes ein Mehrstimmrecht für Alter und Selbständigkeit vorsieht.

Berlin, 4. Juli. Dem Reichstag ist ein neuer Kriegskredit zugegangen. Es werden weitere 15 Milliarden gefordert, die durch Anleihen gedeckt werden sollen. Der letzte, Mitte März dieses Jahres bewilligte Kredit bezifferte sich ebenfalls auf 15 Milliarden Mark, sodas nach der Bewilligung des neuen Kredites die gesamte Kriegsschuld des Reiches sich auf 139 Milliarden beläuft. Von den Krediten sind bisher nicht ganz 88 Milliarden durch Kriegsanleihe flüssig gemacht worden.

Berlin, 4. Juli. Im Reichstagsausschuss für Handel und Gewerbe berichtete der Reichskommissar für bürgerliche Kleidung, Geheimrat Dr. Bentler über die Tätigkeit der Reichsbekleidungsstelle. Von einer Beschlagnahme der Bestände in fertiger Kleidung und Stoffen ist abgesehen worden, um die betreffenden Geschäftskreise nicht wirtschaftlich zu ruinieren. Es handelt sich um 80 000 bis 100 000 Geschäfte. Dagegen wurden die Utikler bei den Händlern beschlagnahmt. Dringend notwendig ist augenblicklich die Beschaffung von Oberkleidern für die Bergarbeiter, die landwirtschaftlichen Arbeiter und die sonstigen kriegswirtschaftlichen Betriebe. Es werden 3 1/2 Millionen Kleidungsstücke gebraucht. Eine Million getragene Anzüge sollen bekanntlich von Privatpersonen gesammelt werden. Eine weitere große Aufgabe der Reichsbekleidungsstelle ist die Versorgung von 10 000 öffentlichen Anhalten, Krankenhäusern usw., ferner die Beschaffung von Uniformen für die bürgerlichen Beamten. Es ist zu hoffen, daß in Zukunft Zwangseinriffe in die Privathaushaltungen vermieden werden können, da Aussicht besteht, einen guten Ersatzstoff in größeren Mengen herzustellen. Besonders schwierig ist die Versorgung mit Wäsche. Darum

mußte die Tischwäsche der Hotels beschlagnahmt und zu Leibwäsche verarbeitet werden. Auch für die entlassenen Krieger sind in größerem Umfange Anzüge bereitgestellt.

Berlin, 4. Juli. Heute feiern die Vereinigten Staaten von Amerika die 142. Wiederkehr des Tages, an dem sie ihre Unabhängigkeit von Großbritannien im Angesichte der gesamten Welt feierlich erklärten. Sie begehen heute dieses Fest, so schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“, unter Umständen, wie sie in der Geschichte dieses Landes noch niemals vorhanden waren. Die Vereinigten Staaten haben schon zahlreiche Kriege geführt. Wenige Länder haben so oft die Entscheidung der Waffen angerufen, als gerade diese Republik, die es so sehr liebt, sich mit dem Schutze der friedensliebenden Weltanschauung und Politik zu umkleiden. Die früheren Kriege galten anderen Zwecken als der heutige Kampf, in den die Republik durch die persönliche Politik ihres Präsidenten hineingedrängt worden ist. Die militärischen Folgen, die diese Abenteuerpolitik haben wird, sind in zahlreichen Äußerungen unserer Heerführer dargelegt worden, aber zu den Schwierigkeiten, die den Nordamerikanern aus ihrer militärischen Niederlage erwachsen müssen, werden andere treten, hauptsächlich politischer und wirtschaftlicher Natur, deren Folgen in der politischen und wirtschaftlichen Geschichte des Landes lange Zeit nicht überwunden werden können. Es wird auch ernste und still nachdenkende Männer in den Vereinigten Staaten geben, die sich heute die Frage vorlegen, wohin die stürmische und rücksichtslose Abenteuerpolitik führen soll. Diese Männer werden sich vielleicht heute gerade darüber klar werden, daß das alte Fest der amerikanischen Unabhängigkeit mit dem Geiste, aus dem es geboren war, verschwunden ist, und daß nach der Zeit überlauten Jubels Jahre schmerzlicher Unzufriedenheit und des Bedauerns werden kommen müssen.

Wien, 4. Juli. (W. B.) Nach einer hier aus Konstantinopel eingelangten Meldung ist der Sultan Muhammed (Mehmed) Reshad Egan V. gestern um 7 Uhr verschieden.

Seit Sultan Achmed I., der von 1613—1617 regierte, steht die Thronfolge im osmanischen Reiche dem ältesten Prinzen der Familie zu. Diese Bestimmung ist auch in die gegenwärtige Staatsverfassung der Türkei aufgenommen worden. Zuzolge dieser Bestimmung wurde der Prinz Wahid Eddin Thronfolger. Er ist der jüngste Bruder des jetzt verstorbenen Sultans und steht im 58. Lebensjahre. Der neue Sultan lebte bis vor dem Kriege zurückgezogen. Als Kaiser Wilhelm den Sultan im Oktober 1917 in Konstantinopel besuchte, lud er den damaligen Thronfolger zu einem Besuche in das Hauptquartier ein. Ende 1917 leitete der Thronfolger dieser Einladung Folge. Er unternahm mehrere Besuche an der Front und hielt sich 10 Tage inognito in Berlin auf. Wahid Eddin, der vom Deutschen Kaiser mit dem Schwarzen Adlerorden ausgezeichnet ist, bekleidet in der türkischen Armee den Rang eines Divisionsgenerals.

Wien, 4. Juli. (W. B.) Die dem Wiener k. u. k. Korrespondenzbüro von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist Graf Czernin auf seine Bitte und mit Wissen des Ministers des Auswärtigen vom Kaiser in Privataudienz empfangen worden. Die Audienz hatte einen gänzlich unoffiziellen Charakter; damit entsaßen alle an sie geknüpften Kombinationen.

Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ hatte der frühere Minister des Auswärtigen Graf Czernin eine längere Besprechung mit dem Ministerpräsidenten v. Seidler.

### Bermischte Nachrichten.

- \* **Küdesheim, 5. Juli.** Die Goldankaufsstelle wird am kommenden Sonntag, den 7. Juli, dem hiesigen Ankaufstag, jedem 10. Ablieferer von Gold, Silber oder Juwelen ein kleines Geschenk überreichen. In Frage kommen je ein Kunstblatt „Das Goldopfer 1813“ nach dem Kampfszenen Gemälde oder ein Briefbeschwerer aus Marmor mit eingeleger Gedendmünze oder einer Brosche mit Gedendmünze. Die Geschenke sind in dem Schaufenster des Herrn Uhrmacher Hendorf, Grabenstraße, ausgestellt.
- \* **Küdesheim, 5. Juli.** Der Musikant Otto Eider, Sohn des Herrn Wilh. Eider hier, erhielt das Eisene Kreuz 2. Klasse.
- \* **Küdesheim, 5. Juli.** (Verhalten bei Fliegerangriffen.) Folgende Verhaltensmaßregeln für Fliegerangriffe seien allseitiger Beachtung empfohlen:
  1. Ruhe ist die erste Pflicht. Panik ist gefährlicher als Fliegerangriff.
  2. Suche Schutz im nächsten Haus! Fort von der Straße! Fort von Haustüren und Fenstern! Neugier ist Tod!
  3. Fehlt Häuserchutz dann Niederwerfen in Gräben oder Vertiefungen.
  4. Nachts kümmerge dich um keinen Angriff.

K. A. Rüdeshheim, 5. Juli 1918. Um die Wiederverwertung gebrauchter Web-, Wirk- und Strickwaren zu fördern, hat die Reichsbekleidungsstelle neuerdings die Ausfertigung eines Bezugscheines in jedem Falle von der Abgabe einer schriftlichen Bestandserklärung (Bestandsfragebogen) abhängig gemacht. Auch sind die Ausfertigungsbehörden verpflichtet, bei Zweifel an der Richtigkeit der Bestandsangabe eine häusliche Nachprüfung vorzunehmen. Sogar nach Erteilung eines Bezugscheines kann noch eine Nachprüfung erfolgen. Durch Verlegung einer Abgabebescheinigung (gebrauchter Sachen) kann man sich von der Bestandserklärung entbinden. Da auch die Futterstoffe zur Sparbarkeit zwingen, hat die Reichsbekleidungsstelle bestimmt, daß Joppen für die männliche Bevölkerung nur noch mit Aermelfutter versehen werden dürfen, eine Ausnahme machen die als Ersatz für Wintermäntel dienenden Winterjoppen. Die Rückenteile der Röcke, Jacken und Westen für Männer und Knaben dürfen nicht mit Futter versehen werden, Mäntel nur von oben bis unten an die Handseitentaschen, diese noch nicht bedeckend. Die Taschen sind auf vier bei Weste und Hose auf drei beschränkt. Die Reichsstelle für Schuhverforgung beliefert nur solche Schuhhändler mit Kriegsschuhwerk, die die Lieferung ausdrücklich beantragen.

\* Rüdeshheim, 5. Juli. Die Eisenbahnverwaltungen sind, wie mitgeteilt wird, mit der Ausarbeitung des Entwurfs für den Winterfahrplan beschäftigt. Mit einer Vermehrung der Personenzüge ist wohl nicht zu rechnen, wohl aber wird es in manchen Fällen möglich sein, die Fahrpläne bestehender Züge so zu ändern, daß sie eine für die Bevölkerung günstigere Lage erhalten.

\* Rüdeshheim, 5. Juli. Wiederholt sind Postsendungen an Krankenschwestern, die sich krankheits- oder erholungshalber in der Heimat aufhielten, mit dem Vermerk „Feldpostbrief“ versehen, abgesandt worden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Sendungen portopflichtig sind, da nur dem auf dem Kriegsschauplatz wirklich tätigen Personal der freiwilligen Krankenpflege die Portovergünstigungen gewährt werden.

Deßlich, 3. Juli. In der Gemeindeverordneten-Versammlung wurde dem Gemeinderatsbeschlusse einstimmig die Genehmigung erteilt, das am Markte, gegenüber dem Rathaus gelegene bekannte Gasthaus „Zur Linde“ zum Preise von 24 000 Mark mit Inventar käuflich zu erwerben. Das Anwesen ist zunächst zur Errichtung eines zweckdienlichen Gemeindefestlokal bestimmt.

Gattenheim, 2. Juli. Nach 38jähriger Tätigkeit im Königl. Preuß. Weinbaudienste ist am 1. Juli Geh. Regierungsrat Czeh in den Ruhestand getreten. Mit ihm scheidet ein Mann aus dem Dienste, dem der Königl. Domänenweinbau und der ganze Rheingau zu großem Danke verpflichtet sind. Czeh ist ein geborener Ungar. Im Jahre 1870 kam er als Direktor nach Schloß Johannisberg. Nach zehnjähriger Tätigkeit dortselbst trat er in den preussischen Staatsdienst ein und übernahm als Inspektor die Verwaltung der Domänenweinberge. Unter seiner Leitung erfuhr der Domänenbesitz eine beträchtliche Erweiterung. Aber mehr als dies bedeuten die Verbesserungen im Bau und Pflege des Weines bis zur Originalabfüllung der Edelgewächse. Die Domäne steht bei dem Abgange ihres langjährigen Direktors als eine anerkannte Musterwirtschaft da. — Zu einer

Abschiedsfeier hatten sich am Sonntag nachmittags „Hotel Reß“ die Vertreter des Rheingauer Weins um den scheidenden Weinbaudirektor und Familie versammelt. Eine besondere Abschiedsfeier hatten die Beamten der Domäne bereits am Sonntag in den Büroräumen veranstaltet.

Coblenz, 3. Juli. (Amtlich.) Dienstagsmittags kurz nach 11 Uhr griffen 9 feindliche Bomben die Stadt Coblenz an und wurden von den Bewohnern geschütten unter heftiges Feuer genommen. Es fielen 19 Bomben abgeworfen, die einigen Sachschaden anrichteten. Eine Frau wurde schwer und ein Kind leicht verletzt.

### Gottesdienst-Ordnung.

**Katholische Pfarrkirche zu Rüdeshheim.**  
7. Sonntag nach Pfingsten. Evangelium: Von den Propheten. Matth. 7., 15.—21., 6 Uhr Predigt. 7 1/2 Uhr heil. Kommunion. 7 Uhr Frühmesse. 8 1/2 Uhr Kindermesse. 10 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt. Nachm. Andacht mit Gebet für Vaterland und Vaterland. An den Wochentagen sind die hl. Messen um 6 und 7 1/2 Uhr. Die Schulmessen um 7 1/4 Uhr.  
Mittwoch 6 Uhr heil. Messe in der Schwesternkirche.  
Freitag 6 Uhr hl. Messe im St. Josephskloster.  
Samstag Beichtstuhl von 5 Uhr abends, 8 Uhr Salve.

Verantwortlicher Redakteur: A. Meier

**Stempel**, in jeder Ausführung und Größe werden preiswert und schnellstens geliefert von **A. Meier :: Rüdeshheim.**

## Gold- und Silber-Ankaufstag

in Rüdeshheim a. Rh. am 7. Juli 1918.

Am nächsten **Samstag** findet in der Zeit von **10—11 Uhr** mittags und von **3—6 Uhr** nachmittags in den vom hiesigen Landratsamt angemieteten Räumen der Wirtschaft **Gebüsch**, Ecke Geisenheimer- und Grabenstraße, ein

### Ankaufstag für Gold- und Silbersachen

statt. Es ist für Jedermann eine vaterländische Pflicht durch Veräußerung entbehrlichen Gold- oder Silberschmucks oder Juwelen bei der Goldankaufsstelle zur Sicherung der Heimat beizutragen.

**Montag, den 8. Juli 1918,**  
vormittags 11 Uhr,

werde ich im „Münchhof“ hier, folgende

### Grundstücke

öffentlich freiwillig versteigern:

1. Wohnhaus der verstorbenen Fräulein Schunt Oberstraße 17 dahier.
2. Weinberg der Firma G. und M. Ruppert in Wiesbaden, auf dem Kleeberg 102 Ruten 24 Schuh groß.
3. Weinberg der Geschwister Brahm belegen im Ramstein 31 Ruten groß.
4. Weinberge der Erben Martin Meyer hier:
  - a) Linngrube 39 Ruten 52 Schuh groß,
  - b) Freng 61 Ruten 08 Schuh groß, Holzung 6 R. 28 Schuh groß,
  - c) unterer Geißberg und hinteres Hofened 37 Ruten 64 Schuh groß.
5. Weinberg jetzt Wust der Erben Karl Fey belegen im Ramstein neben Richard Fey, A. Maul und Geschwister Müller 62 Ruten 08 Schuh groß.
6. Weinberge der Erben des Kellermeisters Georg Glock hier:
  - a) Wust im Häuserweg 50 Ruten 24 Schuh groß,
  - b) Weinberg im Häuserweg Gemarkung Eibirgen 46 Ruten 56 Schuh groß.

Rüdeshheim, den 1. Juli 1918.

Der Königl. Notar: v. d. Heyde,  
Justizrat.

Eichene

## Kelter

hat abzugeben.

Darmstädter Hof

Eine freundliche

## Wohnung

3 Zimmer, Küche nebst Zubehör zu vermieten.

Langstraße 9.

## Essig

und

## Oelersatz

empfiehlt

## Rosa Elen,

Bingen, Hafengasse 5.

## Evangelische Kirche zu Rüdeshheim.

Sonntag, den 7. Juli:  
(6. n. Trin.)

Vorm. 10 1/2 Uhr:

Hauptgottesdienst.

Vorm. 11 1/2 Uhr:

Christenlehre.

## Seidene Regenmäntel

in marine, top, grün, weinrot, lila, schwarz, etc. mit grossen Kragen, lose weite Formen und geschweifte Formen

Mk. 165, 190, 250 und höher

## Gestrickte Seiden-Jacken

in vorwiegend hellen Farben, wie hellblau, rosa, lila, erdbeersandfarbig usw. in losen Formen zum Binden

Mk. 125, 150, 190 und höher

## Weisse Blusen

in glatten Voal mit Motiv-Stickerei, teils mit Filee-Einsätzen und Hohlsaum in einfacher und eleganter Ausführung

Mk. 25, 40, 58, 85 und höher

## Kittel- und Schossblusen

in Voal und Seide

Mk. 80, 110 und höher.

Weiss und farbige Voale  
in reicher Auswahl.

# Haas Nachf.

Bingen.

Unser Geschäft ist Sonntags von 12—3 geöffnet

## Bekanntmachung.

Der vierte Kriegslehrgang über die Herstellung der Weine und Beerenweine sowie der alkoholfreien Weine und Obstjäfte Haushalte findet in der Zeit vom 11. bis 13. Juli 1918 an der königlichen Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau zu Bingen a. Rhein statt.

Männer und Frauen können daran unentgeltlich teilnehmen. Anmeldungen sind baldmöglichst unter Angabe des Vornamens, Standes, Wohnortes sowie der Staatsangehörigkeit an die Direktion der Lehranstalt zu Bingen a. Rhein einzureichen.

## Druckarbeiten aller Art

fertigt A. Meier